Regionale Aspekte der Wirtschaftsplanung in den mitteleuropäischen RGW-Staaten.

(Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Heft 6.) Verlag J. G. Herder-Institut. Marburg/Lahn 1983. 95 S., zahlr. Tab. u. Abb. i. T.

Der hier zu rezensierende Sammelband enthält Referate, die während der Jahrestagung der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates im Jahre 1982 gehalten wurden.

Drei Beiträge sind regionalen Problemen in der Volksrepublik Polen, der vierte den wirtschaftsräumlichen Strukturen in der ČSSR gewidmet. In den beiden ersten versuchen die Geographen (Horst Förster und Ekkehard Buchhofer) wirtschaftsräumliche Einheiten in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands abzugrenzen und ihre Entwicklung nach Kriegsende nachzuzeichnen. Die Autoren gelangen dabei zu der Erkenntnis, daß sowohl in der Volksrepublik Polen als auch in der ČSSR ein deutliches West-Ost-Entwicklungsgefälle in den jeweiligen Teilräumen besteht. Diese räumlichen Disparitäten werden von ihnen im Kontext der historischen Ereignisse des 19. und 20. Jhs. interpretiert. Beide Autoren weisen nach, daß die Erfolge bei den Bemühungen, die historisch bedingten Disparitäten im Entwicklungsniveau zu beseitigen, recht bescheiden geblieben sind.

Wie wenig die in der Theorie beschworene Einheit von Verwaltungsgebiet und Wirtschaftsraum in der Praxis wirksam werden konnte, belegen die von Förster vorgestellten Versuche verschiedener Autoren, eine wirtschaftsräumliche Gliederung der Tschechoslowakei zu konzipieren. Keine der dargestellten Konzeptionen deckt sich mit den z. Z. gültigen Verwaltungseinheiten in der ČSSR.

Buchhofer führt die bis in die Gegenwart wirkenden Strukturbesonderheiten in den jeweiligen Landesteilen Polens auf die Einflüsse der Wirtschaftspolitik der ehemaligen Teilungsmächte Preußen, Rußland und Österreich zurück, die während der Zeitperiode der nachhaltig raumwirksamen wirtschaftlichen Aktivitäten zu Beginn der kapitalistischen Industrialisierung im 19. Jh. dort für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen verantwortlich zeichneten.

Des weiteren werden auch Veränderungen in der Industriestruktur der ČSSR nach 1945 analysiert, wobei der Autor das bevorzugte Wachstum der Grundstoffindustrie sowie der Produktionsgüterzweige gegenüber den Zweigen der Leichtindustrie (vor allem Nahrungsmittel- und Textilindustrie) hervorhebt. Am Schluß seiner Ausführungen gelangt Förster zu der Ansicht, daß auch während der achtziger Jahre die bisherigen Agglomerationsräume und stark industrialisierten Gebiete zu den bevorzugten Standorten für Neuinvestitionen zählen werden, wie die Auswertung der Lokalisationspläne der Branchenministerien belegt.

Ähnliche Schlußfolgerungen zieht Buchhofer, der für die durch besonderen Investitionsboom gekennzeichneten siebziger Jahre, eine übermäßige Konzentration industrieller Investitionsvorhaben auf die am meisten entwickelten Regionen Polens konstatiert. Nicht zuletzt darin sieht er ein deutliches Abweichen von der offiziellen Forderung der ‚sozialistischen Regionalpolitik‘, die sich das Ziel: Abbau interregionaler Entwicklungsdisparitäten gesetzt hat.

Der dritte Aufsatz von H. E. Gramatzki ist der Territorialplanung in Polen gewidmet. Einleitend macht der Vf. darauf aufmerksam, daß der Territorialplanung, sozusagen ‚systemübergreifend‘, sowohl in marktwirtschaftlichen als auch in zentral geplanten Wirtschaftssystemen eine nur untergeordnete Bedeutung zukommt. Der Dominanz der Sektoralplanung werden in Polen im Rahmen der Wirtschaftsreform zu Beginn der achtziger Jahre die Bemühungen um mehr territoriale Selbstverwaltung gegenübergestellt. Bei der Charakterisierung der bisherigen Etappen der Regionalplanung in Polen verweist G. auf die Wurzeln der Raumforschung und -planung während der Zwischenkriegszeit sowie auf das hohe Niveau der Raumforschung als wissenschaftliche Diszi-

plin, zeigt andererseits aber auch, wie groß die Kluft zwischen Theorie und Praxis auf diesem Gebiet in Polen war und ist.

Um seine pessimistische Einschätzung hinsichtlich der Kompetenzerweiterung der territorialen Selbstverwaltung im Rahmen der z.Z. laufenden Wirtschaftsreform bekräftigen zu können, unterzieht der Autor alle bisher erprobten regionalstrategischen Konzeptionen wie: ‚räumliche Dispersion‘, Konzentration auf Ballungsgebiete bzw. größere Städte, erneute Deglomeration bis hin zum Prinzip der ‚gemäßigten polyzentrischen Konzentration‘, das die siebziger Jahre beherrschte, einer kritischen Würdigung. Abschließend weist G. nach, daß nicht zuletzt wegen der sehr ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die z.Z. die polnische Volkswirtschaft kennzeichnen, euphorische Erwartungen im Hinblick auf eine Effizienzverbesserung der Territorialplanung unangemessen wären.

Der letzte Beitrag behandelt das Problem der territorialen Autonomie in der polnischen Reformdiskussion der achtziger Jahre. Karl von Delhaes macht schon eingangs darauf aufmerksam, daß gerade in Polen auf Grund der langjährigen Fremdherrschaft „ein tiefwurzelndes Mißtrauen gegenüber jeglicher, dem überblickbaren Umkreis entrückten Staatsgewalt“ (S. 79) entwickelt worden ist, das nachhaltige Wirkungen zeigt. Anschließend werden die sechs bekanntgewordenen Reformentwürfe analysiert und einander gegenübergestellt. Allen Entwürfen ist die Forderung nach größerer regionaler Autonomie bzw. nach mehr Partizipation der betroffenen Bevölkerung eigen. Nachdem mehrere Gesetzentwürfe vom Wirtschaftsbeirat, einigen wissenschaftlichen Gremien, den Parteien und Praktikern aus der Selbstverwaltung analysiert, kritisiert und mit Verbesserungsvorschlägen versehen an den Sejm weitergeleitet wurden, erfolgte dort am 20. Juli 1983 die Verabschiedung des Gesetzes. Nach Einschätzung des Autors bergen zwar „die Veränderungen bei der Einsetzung der lokalen Exekutive einen Keim für mehr Demokratie an der Basis“ (S. 94), insgesamt bleibt das neue Gesetz allerdings weit hinter den Erwartungen der meisten Reformvorschläge zurück.

Abschließend sei vermerkt, daß alle drei auf Polen bezogene Aufsätze sich außerordentlich hilfreich für die Beantwortung der Frage, welche Erfolgsaussichten der gegenwärtig laufenden Wirtschaftsreform in Polen eingeräumt werden, erweisen können. Die Antwort scheint jedoch nicht sehr ermutigend zu sein.

Tübingen

Manfred Pawlitta

Sozialistische Agrarpolitik. Vergleichs- und Einzelstudien zur agrarpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, China und Kuba. Hrsg. von Theodor Bergmann, Peter Gey, Wolfgang Quaisser. Bund-Verlag, Köln 1984. 258 S.

Ein mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen in den Ostblockstaaten weniger vertrauter Leser dürfte zu der Annahme neigen, daß die Agrarpolitik aller sozialistischen Länder einen weitgehend übereinstimmenden, am sowjetischen Vorbild ausgerichteten Charakter aufweise, gekennzeichnet durch drei fundamentale Prinzipien: Kollektivierung, zentrale Planung und bürokratische Lenkung. De facto aber hat die Verfolgung ein und desselben Zieles der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft infolge unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und politischer Gegebenheiten in den kommunistischen Ländern zu erheblichen Variationen dieses Grundmusters geführt. Dieser Tatsache trägt der vorliegende Sammelband dadurch Rechnung, daß außer den beiden vergleichenden Beiträgen der Herausgeber Peter Gey und Wolfgang Quaisser „Konzeptionen und Ergebnisse sozialistischer Agrarpolitik im Vergleich“ (S.19–72) sowie Theodor Bergmann „Probleme der Agrarpolitik in sozialistischen Ländern“ (S. 73–91) eine Reihe von Einzelstudien verschiedener Autoren sich mit der Agrarentwicklung in folgenden 5 Staaten befaßt: a) UdSSR (Th. Bergmann: Leistungen und Mißerfolge der sowjetischen Agrarpolitik aus kritisch-marxistischer Sicht, S. 141–162),